

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Tommy Tabor und Carsten Ubbelohde (AfD)

vom 17. Juni 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Juni 2025)

zum Thema:

Krankenhäuser in Spandau: Viele Betten, aber zu wenig Personal?

und **Antwort** vom 3. Juli 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. Juli 2025)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD) und

Herrn Abgeordneten Carsten Ubbelohde (AfD)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/22965

vom 17. Juni 2025

Krankenhäuser in Spandau: Viele Betten, aber zu wenig Personal?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Kenntnis beantworten kann.

1. Wie viele Pflegekräfte und medizinisches Personal fehlen derzeit in den Krankenhäusern in Spandau im Vergleich zu den benötigten Stellen?
2. Welche konkreten Auswirkungen hat die Personalnot auf die Patientenversorgung in den Spandauer Krankenhäusern? Gibt es bereits Einschränkungen bei der Behandlung oder der Verfügbarkeit von Betten?
3. Wie gehen die Krankenhäuser in Spandau mit der aktuellen Personalsituation um?
4. Inwiefern hat die Personalnot Auswirkungen auf die Wartezeiten für Patienten, die eine Behandlung oder einen Eingriff benötigen?
6. Wie wirkt sich die Situation auf die psychische und physische Gesundheit des bestehenden Personals aus? Welche Maßnahmen zur Unterstützung der Mitarbeiter wurden bisher getroffen?

Die Fragen 1 bis 4 und 6 werden zusammen beantwortet:

Dem Senat liegen keine Daten zu Personaleinschränkungen und daraus resultierenden Beschränkungen der Bettenverfügbarkeit in den Spandauer Krankenhäusern vor. Zur Sicherstellung des Versorgungsauftrages wirtschaften die Krankenhäuser in eigener Verantwortung und setzen ihr Personal zur Erfüllung des Auftrags nach eigenem Ermessen ein. Die Ausstattung des Pflegepersonals in pflegesensitiven Bereichen der Krankenhäuser obliegt zudem weiteren Bestimmungen, wie etwa der Pflegepersonaluntergrenzenverordnung (PpUGV).

Der Senat geht davon aus, dass alle Krankenhausträger in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für die Erfüllung des Versorgungsauftrages das ihnen Mögliche tun, um negative Auswirkungen eines Personalmangels auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten sowie für das eigene Personal zu minimieren.

5. Welche Unterstützung erhält das Gesundheitswesen in Spandau vom Bezirksamt, um die Personalnot zu bekämpfen?

Zu 5.:

Die Gesundheitsämter der Bezirke nehmen im Rahmen ihrer jährlichen Begehungen in den Krankenhäusern gem. § 1 der Verordnung über die Aufsicht über Krankenhäuser (Krankenhausaufsicht-Verordnung – KhAufsVO) vorrangig die Überwachung krankenhaushygienischer Standards wahr und prüfen für ordnungsbehördlich genehmigte Häuser, entsprechend der Verordnung für die Errichtung und den Betrieb eines Krankenhauses, die Einhaltung von Mindestanforderungen.

7. Wie wird die Situation in den Spandauer Krankenhäusern von den Patienten und deren Angehörigen wahrgenommen? Gibt es Rückmeldungen oder Beschwerden, die berücksichtigt werden sollten?

Zu 7.:

In Berlin können sich Patientinnen und Patienten mit ihren Anliegen zur Krankenhausversorgung an Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher wenden. Die Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher halten regelmäßig Sprechstunden im Krankenhaus ab, prüfen Anregungen und Beschwerden und vertreten die Anliegen der Patientinnen und Patienten. Sie können sich mit Einverständnis der Patientin oder des Patienten jederzeit unmittelbar an die Krankenhausleitung, den Krankenhausträger und die zuständigen Behörden wenden. Die Krankenhausleitung, der Krankenhausträger und die zuständigen Behörden arbeiten mit den Patientenfürsprecherinnen und -fürsprechern zusammen, gehen Vorbringen nach und erteilen notwendige Auskünfte. Die

Patientenfürsprecherinnen und -fürsprecher legen der Bezirksverordnetenversammlung und dem Krankenhaus einen jährlichen Erfahrungsbericht vor und nehmen dabei auch zur Situation der Krankenhausversorgung Stellung. Die Erfahrungsberichte werden auf der Internetseite des jeweiligen Bezirks veröffentlicht.

Berlin, den 3. Juli 2025

In Vertretung
Ellen Haußdörfer
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege